



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Warum heutige Wahlen nichts am derzeitigen Herrschafts-System ändern.

Wie immer vor einer Nationalratswahl wird von den Zeitungen und Fernsehsendern eine Stimmung **erzeugt**, daß gerade **diese** Wahlen wahnsinnig wichtig und entscheidend für die Zukunft seien. Entscheidend sind sie vor allem für die **Einnahmen** von Zeitungen und Fernsehsendern, Plakatierungsfirmen, Druckereien und Werbeagenturen (meist aus dem Ausland) aus den Werbebudgets der Parteien für Inserate, Prospekte, Plakate usw. und viele versteckte Werbeformen.

Entscheidend sind sie natürlich auch für die **Verteilung der Anteile** aus dem riesigen, aus (Zwangs-) Steuergeldern gespeisten Kuchen an Wahlkampf-Kostenrückerstattung, Parteienfinanzierung, „Bildungs“-förderung der Partei, „akademien“, Klubförderung der Parlamentsfraktionen, und klarerweise für die Verteilung der horrenden Gehälter, Diäten und Pensionsansprüche der jeweils gewählten Abgeordneten und Regierungsmitglieder.

Für die Bürger aber und deren Lebens-Situation sowie für die Zukunft Österreichs (das gilt sinngemäß auch für die Wahlen in den meisten anderen Staaten) sind die heutigen Wahlen nicht mehr entscheidend. **Die, die wirklich herrschen, stehen nämlich nicht zur Wahl!** Die Politiker – und auch die Vertreter der neu kandidierenden Gruppierungen wollen ja Politiker mit Parteienfinanzierung/Klubförde-

rung etc. **werden** – werden **von ganz anderen Kräften** viel stärker beeinflußt und gesteuert als von den Wählern. Diese dienen nur als „Feigenblatt“, um eine „demokratische“ Legitimation von Regierung und Parlament vorweisen zu können, sodaß das Herrschafts-System hinter den Kulissen ungestört weitermachen kann.

Das sieht man ganz deutlich daran, daß von den Medien nur Wahlparteien (und auch kandidierende „Bürgerinitiativen“ sind solche) groß herausgestellt werden, die den **AUSTRITT AUS DER EU** empört von sich weisen – siehe dazu die entspr. Original-Zitate auf Seite 2 dieser WEGWARTE.

Derzeit geht es dem Herrschafts-System, das mit Demokratie nur mehr sehr wenig zu tun hat, vor allem darum, die **Wahlbeteiligung** möglichst „hoch“ zu halten und auch alle die zur „Wahl“ hinzubringen, die das Versagen der bisherigen Parteien erkannt haben. Das geht nur, indem man langjährige, System-dienliche Funktionäre unter fadenscheinigen Vorwänden plötzlich als „neue Hoffnungsträger“ werbewirksam

anbietet (Faymann/SPÖ, Heide Schmidt/Liberale), als „Rebellen“ (ÖVP-Dinkhauser), oder als angeblich unabhängige (in Wahrheit von massiven Spendenauffufen der Kronen-Zeitung finanzierte) „Bürgerinitiative“ namens „Rettet Österreich“.

Was ist ehrenhafter, eine der diesmal zehn kandidierenden Parteien zu wählen, die allesamt das bestehende Herrschafts-System „tragen“, oder diesem undemokratischen System insgesamt eine klare Absage **durch bewußtes Nicht-Wählen oder Ungültig-Wählen** zu erteilen?

Diese Frage muß sich heute jeder zu Österreich „in Freud und Leid“ stehende Bürger stellen. Wählen ist eine ganz persönliche Entscheidung jedes Einzelnen und niemand hat das Recht, die Bürger mit millionenschweren Werbefeldzügen, sprich „Wahlkämpfen“, für eine bestimmte Wahlentscheidung unter finanziellen und medialen Druck zu setzen. Wir wollen vor allem jenen Menschen Mut machen, die sich dieser **inszenierten Polit-Show** (Stichwort Fernseh-„Duelle“) widersetzen, auch wenn sie vom „System“ dafür beschimpft werden sollten.

Die EURO-Lüge	Seite 4
Verfassungsklage Prof. Schachtschneider	Seite 4
Wer kassiert die meisten Agrarförderungen?	Seite 5
30 Jahre Zwentendorf-Abstimmung/Kundgebung	Seite 6

Der Unterschied zwischen den Parteien ist viel geringer als uns vorgespielt wird: die jeweiligen Positionen "wechseln" alle paar Jahre, je nachdem ob eine Partei in der Opposition ist oder in der Regierung. Diesmal werden **Mehrheitsbeschaffer** für die "Großen" gebraucht, also gibt es auch Medien-Unterstützung für die "Kleineren" und "Neuen". Zur weiteren Rettung der Wahlbeteiligung wurde nun auch die **Briefwahl** eingeführt. Außerdem dürfen diesmal erstmals **auch 16-Jährige** bereits wählen, da man in diesem Alter - verständlicherweise - meist ganz andere Dinge im Kopf hat und daher am leichtesten durch Propaganda beeinflussbar ist ... keine Parlamentspartei hat sich dagegen ausgesprochen!

Belegte Aussagen der Parteien zum Austritt aus der EU

Faymann/SPÖ

Dessen angeblicher "Schwenk" in der EU-Frage ist wohl die größte **Mogelpackung** dieses Wahlkampfes. Faymann hat in seinem von der "Krone" hochgejubelten Brief vom 25. Juni lediglich geschrieben, daß "**zukünftige** Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen. **Sollte** also ein geänderter Reformvertrag neuerlich von Österreich ratifiziert werden müssen, so **wollen** wir den Koalitionspartner von dieser Vorgangsweise überzeugen."

Damit wird an der bestehenden Ratifizierung des Reform-Vertrags durch Parlament und Bundesrat (in beidem ist die SPÖ die stärkste Partei) sowie durch den SPÖ-Bundespräsidenten überhaupt nicht gerüttelt. Künftige **Volksabstimmungen** über EU-Verträge sind durch das überfallsartig beschlossene "Verfassungsrechtsbereinigungsgesetz" vom Dezember 2007 außerdem - unter Federführung der SPÖ - **so erschwert worden**,

daß der Faymann-"Schwenk" in Wahrheit eine Nullnummer zwecks Wählertäuschung ist.

Strache/FPÖ

"Gesetzt den Fall, 2009 gibt es eine Volksabstimmung über den EU-Austritt Österreichs: Werden Sie zu einem Ja oder Nein aufrufen?"

Frage in einem in der "Wiener Zeitung" vom 18.7. abgedruckten Interview an FPÖ-Obmann Heinz Christian Strache. Antwort von diesem:

"So eine Volksabstimmung wäre **ein absoluter Nonsens**. So eindimensional funktioniert Politik nicht. Wir wollen, daß die österreichischen Interessen **in der EU** vertreten werden."

So reden Politiker immer dann, wenn im Hintergrund bereits Verhandlungen um eine Regierungsbeteiligung laufen. Da stempelt man dann ganz locker die fast 200.000 Unterzeichner des "VOLKSBEGEHRENS für die Neu-Austragung der EU-Abstimmung" der **ÜBERPARTEILICHEN AKTION EU-AUSTRITT** vom Dezember 2000 als Idioten ("Nonsens") ab. Alle reden von Volksabstimmungen und von **direkter Demokratie**, aber wenn es um die Einlösung dieser Versprechen geht, ist eine Volksabstimmung über eine (Über-) Lebensfrage für ein freies und neutrales Österreich plötzlich ein "Nonsens"!

Wahlpartei "Rettet Österreich"

Am 8.4.2008 erklären **alle** Vertreter einer Delegation von "Rettet Österreich" im Parlament gegenüber Nationalratspräsidentin Barbara Prammer auf deren Frage: "Sie wollen offensichtlich aus der EU austreten": **NEIN, NEIN, NEIN**. Rettö-Sprecher Karl W. Nowak setzt noch nach mit den Worten: "Wir - die Bürger - **wollen den EU-Austritt nicht haben!**" Wie bei allen anderen Parteien auch, maß sich Rettö an, zu wissen, was "die Bürger" wollen. In Wahrheit geht es bei

solchen Aussagen an offizieller Stelle darum, "gut Wetter" zu machen für evtl. Querverbindungen, die einem selbst (aber nicht den Bürgern) nützlich sein könnten ...

Spitzenkandidat Wilfried Auerbach "steht **für** die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und als gesamtes **für Europa**" (zitiert in der Internet-Zeitung "Wien-konkret") und erklärt u.a. gegenüber der Welser "Rundschau" vom 20.8.: "**Wir brauchen die EU** als Wirtschaftsraum." Rettö unterscheidet sich damit in keiner Weise von Schüssel, Faymann, Van der Bellen, Strache & Co.

Als jemand, der - laut **eigener** Aussage - "über viele Jahre Führungsaufgaben in der Lebensmittelindustrie hatte", paßt sich Auerbach damit nahtlos dem (letztlich wirkungslosen) **Motto** "Ärger über die EU - aber kein Austritt" ("Krone"-Schlagzeile vom 21.7.) an. Ausgerechnet "Der Standard" vom 15. Juli hat für die sogenannten EU-Kritiker, die nur so tun als ob, aber keine wirkliche Konsequenz ziehen, in seiner Ausgabe eine treffende Schlagzeile geprägt: "**Durch Mitbestimmung die EU lieben lernen!**" Das hätten sie halt gerne, all die angeblichen Volksabstimmungs-Befürworter, die uns nur über die wirklich entscheidende Frage - Aufhebung der EU-Mitgliedschaft JA oder NEIN - partout **nicht** abstimmen lassen wollen!

Die Arbeit **dafür** wird von Bürgerinitiativen weitergeführt werden, denen es um andere Ziele geht als um die "Aufnahme" in die uns längst zu unserem Nachteil regierende, von den arbeitenden Bürgern völlig abgehobene Polit-Clique.

Es ist klar, daß wir in diesem Artikel über die größten EU-Fanatiker-Parteien ÖVP/Grüne /Liberales Forum nichts geschrieben haben. Dafür wäre jede Zeile zu schade. Das gilt auch für das ÖVP-U-Boot Dinkhauser.

Inge Rauscher, Obfrau der Initiative Heimat & Umwelt (IHU)

Der gekaufte Staat

Das ist der Titel eines aktuellen Buches zweier kritischer Journalisten, die darin die **Unterwanderung der Politik durch Lobbyisten** aufzeigen, auf die die Wähler überhaupt keinen Einfluß haben. Die Autoren beschreiben darin, wie von Großkonzernen bezahlte Mitarbeiter in Ministerien (!) das Fluglärmgesetz, die Legalisierung der Heuschreckenfonds, den Ausverkauf öffentlicher Projekte an Baukonzerne, das Energiewirtschaftsgesetz oder die Gesundheitsreform bis hin zu milliardenschweren Investitionsprojekten wie der LKW-Maut steuern. **Auch die EU-Kommission** greift auf "U-Boote" der Industrie zurück: Im Fall der EU-Chemikalienrichtlinie REACH war ein BASF-Mitarbeiter erst in der EU-Kommission, dann im Bundeswirtschaftsministerium tätig, um die Chemierichtlinie im Sinne der Industrie zu beeinflussen. Hinter die Kulissen dieser **Schattenregierung** zu blicken wird den Wählern verwehrt. Ein ehemaliger Umweltstaatssekretär faßt die heutige Lage treffend so zusammen: "Es kann nicht sein, daß wir im öffentlichen Dienst sparen und dann sagen, nun brauchen wir aber für die Erstellung von Gesetzesentwürfen die Privatwirtschaft, und die schreibt sich die Gesetzesentwürfe dann selbst. Das ist die Bankrotterklärung der Politik - und der Demokratie!"

"Der gekaufte Staat: **Wie Konzernvertreter sich ihre Gesetze selbst schreiben.**" (232 Seiten) von Sascha Adamek und Kim Otto ist 2008 im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln erschienen und unter der ISBN-Nr. 978-3-462-03977-1 zum Preis von 19,50 Euro (268,00 ÖS) im Buchhandel erhältlich.

Deshalb braucht es wirklich unabhängige Kräfte und BÜRGERMEDIEN wie die WEGWARTE und zahlreiche andere, von echten Bürgerinitiativen herausgegebene Informationsblätter, die sich weder von kommerziellen Inseraten und Werbebeilagen von Firmen (wie bei den KONZERNMEDIEN) sponsern lassen noch von eben diesen Konzernmedien direkt (wie Rettö). Die IHU wünscht diesen BÜRGERMEDIEN für ihre weitere Arbeit alles Gute! Nur damit können wir alle gemeinsam hoffen, die schlimmsten Auswüchse unserer derzeitigen „Gesellschaft“ eines Tages zu überwinden.

Wer hat im österr. Parlament den entscheidenden Antrag auf Mitgliedschaft in der EU (damals noch EG) gestellt?

Mit diesem Antrag hat alles begonnen und man sollte deshalb **nie vergessen**, wer die heutige Lage verursacht hat. Der parlamentarische Entschließungsantrag vom 27.11.1987 "betreffend die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU" kam - nein, nicht von der ÖVP oder SPÖ, sondern **von der FPÖ (!)** und enthielt u.a. folgende Formulierungen (Auszug):

"Die EG-Vollmitgliedschaft ist nach Ansicht der unterfertigten Abgeordneten nicht nur möglich, sondern notwendig, wenn wir nicht in Kauf nehmen wollen, daß Österreich wirtschaftspolitisch, wissenschaftlich und kulturell völlig an den Rand gedrängt wird."

"Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Entschließungsantrag: Die Bundesregierung wird ersucht, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der österreichischen Landwirtschaft **zum frühest möglichen Zeitpunkt** Verhandlungen mit der EG mit dem Ziel des Beitrittes Österreichs aufzunehmen."

Interessenten für dieses historische Dokument mit weitreichenden Folgen für Jahrzehnte senden wir den Original-Wortlaut auf Anfrage gerne zu. Der FPÖ-Antrag, mit dem alles ins Rollen kam (in wessen Auftrag?), erfolgte im Namen "der Abgeordneten **Dr. Gugerbauer, Dr. Haider und Genossen**". Gugerbauer war damals außenpolitischer Sprecher, Jörg Haider bereits über ein Jahr lang Bundesparteiobmann und Klubobmann der FPÖ. Heute spielt er zwecks Wählerfang für sein BZÖ den EU-"Kritiker"...

Haider und Gugerbauer berufen sich in diesem Antrag ausdrücklich auf eine Studie, die im Auftrag der **Industriellenvereinigung** (IV) verfaßt wurde, einem laut eigener Aussage maßgeblichen **Spendenlieferanten** mehrerer politischer

Parteien, der auch auf andere Weise Teil der "**Schattenregierung**" ist: Heute haben viele vergessen, **wie** die ÖVP, deren damaliger Obmann und Außenminister, Dr. Alois MOCK, auf pro-EU-Kurs gebracht wurde. Als dieser zu Beginn seiner Amtszeit von der Unmöglichkeit und der **Unnötigkeit** des Beitrittes sprach, drohte ihm der damalige Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Dr. Herbert Krejci, öffentlich die **Hinrichtung** (!) an mit den Worten: "Da muß einer den **Stauffenberg** spielen! Um diese Sache kommen wir nicht herum." (Live-Aussage in der "Zeit-im-Bild-2" vom 10.9.1987)

Wenig später nahm MOCK und damit die ÖVP Kurs auf Vollbeitritt, was die IV dann ausdrücklich lobte. Im "Kurier" vom 4.12.1988 wird Krejci mit folgender Aussage zitiert: "Dank dem klaren Kurs, den Mock vor allem in der EG-Frage geht, hat sich seine Glaubwürdigkeit beträchtlich gestärkt. Man muß jetzt alles vermeiden, was nach einer Führungsdiskussion aussieht." So läuft es in der **Perversion der Demokratie**, die wir heute haben, wirklich: die Masse der Wähler und was für diese gut wäre, ist dabei völlig unbedeutend!

Zwei Jahre danach "spuren" dann beide offiziellen Regierungsparteien: Am 26.6.1989 unterzeichnen Bundeskanzler **Vranitzky** und Vizekanzler **Riegler** eine "Parteienvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP zur weiteren Vorgangsweise in der Integrationspolitik". Drei Tage später findet die Nationalrats-Debatte über den Beitrittsantrag statt: er wird aufgrund eines **gemeinsamen** Entschließungsantrags von SPÖ, ÖVP und FPÖ mit großer Mehrheit beschlossen. Daraufhin wird am 17.7.1989 das österreichische Beitritts-gesuch an die EG übermittelt.

Die EURO-LÜGE

... und andere volkswirtschaftliche Märchen

Der wichtigste Handelspartner Österreichs war und ist Deutschland. Der österreichische Schilling war - aus eigener Entscheidung Österreichs - jahrzehntelang an die Deutsche Mark gekoppelt, die führende und stabilste Währung Europas. Die EU-Einheitwährung TEURO auf Befehl der EU-Zentralen und ihrer Vasallen-Regierungen in den meisten Mitgliedsstaaten sollte die D-Mark und den Schilling **ersetzen**. Dieses Ziel wurde völlig verfehlt, jeder Österreicher weiß heute, um wieviel weniger er mit der EURO-Währung kaufen kann als mit der an die D-Mark gekoppelten Schilling-Währung, vom Schweizer Franken ganz zu schweigen!

Aber jeder Fehler ist dazu da, um wieder gutgemacht zu werden! Schon längst plädieren maßgebliche **Wirtschaftsfachleute** für die Wiedereinführung der bewährten

nationalen Währungen. Wir empfehlen zu diesem Thema das leicht verständlich geschriebene Fachbuch von Prof. HANKEL mit dem Titel "**Die EURO-Lüge**". In diesem Buch heißt es wörtlich:

"Wilhelm HANKELS Sammlung volkswirtschaftlicher Märchen will aufrütteln. Deutschlands AUSBEUTUNG durch den EURO wird verschwiegen und verdrängt. Über dem absehbaren **Scheitern** des Europäischen Einigungswerkes liegt ein unüberwindliches Tabu. Aber der in demokratischen Traditionen wurzelnde alte Kontinent läßt sich nicht mit einer Einheitsverfassung und einer Einheitswährung via Brüssel regieren, **nur sprengen**. Europa bis zur syrischen Grenze? NEIN DANKE!

Auf Einladung der Überparteilichen Plattform JA ZUR EU / NEIN ZU ÖSTERREICH wird Prof. HANKEL

zum Thema der EURO-LÜGE auch **in Österreich öffentlich Stellung nehmen** - siehe dazu die beiden Termine auf der Rückseite dieser WEGWARTE. Sie sind herzlich eingeladen, diese Möglichkeit zur persönlichen Information wahrzunehmen und dazu auch Freunde/Bekannte/Arbeitskollegen etc. mitzubringen.

"Die EURO-Lüge und andere volkswirtschaftliche Märchen" von Wilhelm HANKEL (247 Seiten) ist im Amalthea Signum Verlag Wien unter der ISBN-Nr. 978-3-85436-392-7 erschienen und für WEGWARTE-Leser zum Preis von 19,90 Euro (274,00 ÖS) bei **portofreier** Zusendung erhältlich bei: ÖKO-TREFF im Lichtental, Fach- und Versandbuchhandlung für Ethik, Umwelt und Gesellschaft, 1090 Wien, Liechtensteinstr. 123 (Di-Fr 9-13 u. 14-18 h), Tel. 01/3154922, Fax 01/3172592, eMail: bestellung@oeko-treff.at

Verfassungsklage gegen EU-Vertrag durch Prof. Schachtschneider aus dem Wahlkampf heraushalten!

Die "große", über 300 Seiten umfassende Verfassungsklage von Prof. Schachtschneider ist **für alle Österreicher** (egal welcher oder keiner Wahlpartei oder Gruppierung nahestehend) zu wichtig, um sie als Wahlkampf-Munition mißbrauchen zu lassen. Deshalb wird die Klage mit den ausführlichen und **richtungsweisenden** staatsrechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen BEGRÜNDUNGEN von Prof. Schachtschneider erst nach den Wahlen vom 28.9. beim Verfassungsgerichtshof eingereicht. Der Klägerkreis ist ein **unabhängiges**, aus den verschiedensten "Lagern" gebildetes **Personenkomitée**, in dessen Auftrag Prof. Schachtschneider die Klagschrift ausarbeitet.

Wir werden in der nächsten WEGWARTE darüber weiter berichten und sagen an dieser Stelle besonders jenen vielen hundert aus unseren tausenden Lesern ein großes DANKE-SCHÖN, die mit ihren **freiwilligen Kostenbeiträgen ("Bausteinen")** das Zustandekommen dieser für die Wahrung der politischen Freiheit und demokratischen Rechte der Bürger wegweisenden Klagschrift an die Höchststrichter ermöglicht haben!

Durch die umfangreiche Klagschrift

von Prof. Schachtschneider sowohl im eigenen Namen als auch in dem eines Bundestagsabgeordneten an das **deutsche** Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist der EU-Vertrag von Lissabon (fälschlich "Reform"-Vertrag genannt) **von Deutschland nicht ratifiziert**. Der deutsche Bundespräsident hat trotz des mit großer Mehrheit von Bundestag (entspricht dem österr. Nationalrat) und Bundesrat, der Länderkammer, beschlossenen Zustimmungsgesetzes dieses nicht unterschrieben. Und ohne Unterschrift des Bundespräsidenten - wegen der anhängigen Klagen - kann Deutschland den EU-Vertrag nicht ratifizieren!

Der **österreichische Verfassungsgerichtshof** hat - trotz der Unterschrift "unseres" Bundespräsidenten unter das Zustimmungsgesetz - die rechtliche Möglichkeit, die Ratifizierung aus Gründen der Verfassungswidrigkeit **aufzuheben** und den EU-Vertrag von Lissabon als für die Republik (!) Österreich als **unanwendbar** zu erklären. Stichhaltige, belegte Gründe dafür, mit denen der VfGH befaßt wird, gibt es mehr als genug!

Mit der Mißachtung des Volksabstimmungsergebnisses in **Irland** bricht die EU - zum wiederholten Mal - ihre eigenen Richtlinien und verletzt

das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**, den obersten Grundsatz des internationalen Völkerrechts. Aber es ist auch bemerkenswert, wie wenig die Massenmedien = Konzernmedien über die Nicht-Ratifizierung des EU-Vertrags in Deutschland berichten. Es gibt so gut wie keine öffentlichen Diskussionen darüber, weder im Fernsehen noch in den Printmedien, auch nicht in den sogenannten "EU-kritischen". Daran erkennt man das offensichtliche **"Bündnis" zwischen EU und Konzernmedien**. Möge sich keiner der - verständlicherweise - verzweifelten und an jeden auch noch so schwankenden "Strohalm" glaubenden Leserbriefschreiber darüber hinwegtäuschen.

Die KONZERNMEDIEN inkl. "Kronen-Zeitung" werden uns nicht von der EU und anderen internationalen Bevormundungs-Organisationen, für die wir alle Jahr für Jahr viel Geld - ungefragt - abliefern "müssen", **befreien!** Das wird nur über massive eigene Arbeitsleistung und große Opfer vieler Bürger mit Zivilcourage gelingen - siehe Fall der Berliner Mauer, der noch am Abend davor (!) von allen Politikern und Medien für "völlig unmöglich" erklärt wurde ...

Die wahren Ursachen für die Verteuerung der Lebensmittel



Dr. Gernot Kubasta, ÖUBV



Richard Leopold Tomasch, "Pro-Leben"



Prof. Dr. Eberhard Hamer, Finanzwissenschaftler, Rechtsanwalt, Forstwirt

Zerstörung der Marktwirtschaft durch Monopolkapitalismus

Vorträge und Aussprache

Eine Veranstaltung der überparteilichen Plattform
"Ja zu Österreich / NEIN zur EU"

DVD

Im Juni 2008 führte die Überparteiliche PLATTFORM **JA ZU ÖSTERREICH/NEIN ZUR EU** zwei sehr gut besuchte Veranstaltungen zum nebenstehenden Thema in Seekirchen/Wallersee in Salzburg und in Wien durch. Der Hauptreferent, **Prof. Dr. Eberhard Hamer** vom Mittelstandsinstitut Niedersachsen aus Hannover, Autor des Sachbuches "**Der Weltgeldbetrug**" (ISBN-Nr. 978-3-9809478-3-1), zeigte auf sehr verständliche Weise auf, daß die Ursachen für die derzeitige Teuerungswelle ganz woanders liegen als uns von Politikern und Medien weisgemacht wird. Wenn die Preise für lebenswichtige Alltagsgüter binnen weniger Monate (!) explodieren, hat das nichts mit veränderter Nachfrage, sondern vor allem mit **Machtstrukturen** jener Kräfte zu tun, die die Preise heute **weltweit diktieren**. Wir geben Ihnen die Möglichkeit, sich selbst darüber zu informieren, welche Mächte und Mechanismen Ihre persönlichen Lebenskosten bestimmen und welche **Auswege** es daraus gäbe. Die Veranstaltung in Seekirchen wurde auf **DVD in Wort und Bild** live aufgenommen und kann samt Publikumsdiskussion bei uns bezogen werden.

118 Minuten Gesamtdauer (77 Minuten Vorträge, 42 Minuten Diskussion) mit bisher weitgehend unbekanntem Fakten können Sie auf DVD zum Preis von 16,- Euro plus Porto bei uns anfordern; wir besorgen die Zusendung. Bestelladresse: IHU, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel. 02242/70516, am einfachsten durch Ankreuzen am beiliegenden Erlagschein.

Wußten Sie, daß der Getreideanteil im BROTPREIS (und damit das, was die Bauern dabei verdienen) nur zwei Prozent beträgt?

Wer kassiert die meisten EU-"Agrarförderungen"?

Wie aus diesem Begriff schon vom Wort her zu erkennen, in dem die Bauern gar nicht vorkommen, sind die Haupt-Profiteure ganz andere, nämlich **Industriebetriebe** und Institutionen im Bereich der **Lebensmittelverarbeitung** und andere landwirtschaftliche Institutionen.

2007 kassierten laut "Kurier" vom 24.6.2008 die "**Rauch-Fruchtsäfte GmbH**" (die für Red Bull abfüllt) stolze 6,793.800 Euro (rund **93,5 Millionen Schilling**), das "LFI-Steiermark" 2,593.300 Euro, die "Agrana GmbH" 1,902.200 Euro, die "Nidera Handelscompagnie" 2,139.400 Euro, die "Jungbunzlauer Austria AG" (der Weltgrößter Hersteller von Zitronensäure mit einer Fabrik in Pernhofen bei Laa/Thaya und weiteren Betrieben in Kanada und China) 1,856.800 Euro (fast 25,6 Millionen ÖS), die

Käseerzeugung "Woerle GmbH" 1,520.300 Euro und die "Fürst-Liechtenstein-Stiftung" 911.808 Euro.

Die vor allem seit dem EU-Beitritt stark geschrumpfte Zahl der **bäuerlichen** Betriebe erhielt zwischen 5.000 und 30.000 Euro als "Ausgleich" dafür, daß man die EU-Landwirte zwingt, zu (künstlich "gemachten") Weltmarktpreisen zu produzieren, und zwar unter völlig ungleichen Wettbewerbsbedingungen!

Der Begriff "EU-Förderungen" ist dabei nur ein **Propaganda-Trick!** In Wirklichkeit stellen diese Beträge nur einen kleinen Teil der jährlichen **Mitgliedsbeiträge** dar, die Österreich an Brüssel aus Steuergeldern abliefern "muß". Als "**NETTO-ZÄHLER**" zahlen **wir alle** seit nunmehr 13 Jahren wesentlich **mehr** in die EU-Töpfe **ein**, als wir von

dort zurückbekommen. Und diese Rückflüsse, deren gnädige Zu- und Verteilung noch dazu von "Brüssel" gesteuert wird, werden von heuchlerischen Politikern landauf/landab als "Förderungen" gepriesen...

Der **Netto-Mitgliedsbeitrag** Österreichs an die EU (d.h. der Brutto-Beitrag abzüglich der Rückflüsse aus der EU) betrug 2007 laut Finanzministerium 418,7 Millionen Euro, das sind **5,76 Milliarden ÖS**. Das bedeutete gegenüber 2006 mehr als eine Verdoppelung des österr. Netto-Betrags. Kanzler Wolfgang Schüssel schätzte bei der Einigung auf den Finanzrahmen der EU Ende 2005, daß Österreichs Mitfinanzierung bis 2013 auf jährlich 800 Millionen Euro, das sind **11,01 Milliarden Schilling**, steigen wird.

Quellen: "Inter-Info",
Unabhängiger Bauernverband

6 30 JAHRE NEIN zu Zwentendorf KUNDGEBUNG

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Mittwoch 5. November 2008, 17.00 – 20.00 Uhr
1010 Wien, Stock im Eisen Platz / Stephansplatz

AktivistInnen zur Mobilisierung melden sich bitte per E-Mail: ggae@gmx.at
oder Telefon: 0650 830 7 830 oder via Homepage: www.atomgegner.at

30 JAHRE klug voraus gedacht...

... denn die Atomindustrie

- beutet schon beim Uranabbau Land und Leute aus
- hat nach wie vor für Atommüll keine Lösung anzubieten
- geht über Leichen: erhöhte Krebsraten rund um AKWS werden in Kauf genommen
- toleriert bewußt die Gefahren weiterer schwerer Atomunfälle – jederzeit!
- kann sich nur durch höchste Förderungen über Wasser halten
- bietet mit AKWs keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe
- zieht Profit aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung

... daher

- Zwentendorf endlich abwracken
- Seibersdorfer IAEA-Laboratorien schließen
- Raus aus EURATOM
- Raus aus der internationalen Atomenergieagentur (IAEA)
- Das NEIN zur Atomenergie muß bleiben – 80% der ÖsterreicherInnen sind gegen die Nutzung der Kernenergie.

Die IHU unterstützt diese wichtige Kundgebung und lädt alle WEGWARTE-Leser ein, daran persönlich teilzunehmen. **Bitte Termin vormerken!**

Beschneigungsanlagen auf allen Skipisten, Klimaanlage in den Bürotürmen, Weihnachtsbeleuchtung allüberall ...

Wann kommt das Ende der Energievergeudung?

Was nützt das Beklagen der hohen Energiepreise, wenn immer mehr Energie für Unnotwendiges verschwendet wird? Es liegt bei jedem Einzelnen, ob er dabei weiter mitmacht oder nicht! Klimatisierte Gebäude brauchen im Sommer (!) mehr Energie als im Winter und müssen in unseren gemäßigten Breitengraden wirklich nicht sein. Ebenso wenig die allgegenwärtige Weihnachtsbeleuchtung, die meist von November bis Jänner durch Monate hindurch Tag und Nacht brennt. **Einer der größten Energie- und Wasservergeuder sind die Beschneigungsanlagen.**

Allein in Tirol liegt der Energieverbrauch der Schigebiete über eine Wintersaison bei etwa 40 **Gigawattstunden**. Ein Großteil davon wird von der Beschneigung

verursacht, was einem Energieverbrauch von 6.000 Einfamilienhäusern pro Jahr gleichkommt. Faßt man die Beschneigung für den gesamten Alpenraum zusammen, liegt der Energieverbrauch dafür mittlerweile bei **130.000 Vierpersonenhaushalten**. Trotzdem will die Seilbahnwirtschaft die Ausrüstung mit Beschneigungsanlagen noch enorm ausbauen; mit neuen Anlagen soll die Beschneigung bis zu Temperaturen von 30 Grad plus (!) möglich werden. Eine einzige dieser Anlagen verbraucht an nur einem Tag so viel Energie wie ein Einfamilienhaus im gesamten Jahr. Man strebt eine 100-Prozent-Beschneigung über den gesamten Winter und zu jeder Tages- und Nachtzeit an. Schon dzt. liegt der gesamtösterreichische Durchschnitt

der beschneiten Skipisten bei 59 Prozent, was einer Fläche von über 11.800 Hektar entspricht.

Ebenso enorm ist der **Wasserverbrauch** einer Beschneigungsanlage. Eine mittelgroße Anlage verbraucht 30.000 Kubikmeter Wasser für eine Fläche von 10 Hektar und 30 cm Schneehöhe. Dies in einer Zeit, in der die Bäche die geringste Wasserführung aufweisen. Deshalb wurden inzwischen riesige, **künstliche Speicherseen** mit schweren Baggern in die empfindliche Hochgebirgslandschaft gegraben; 200 solcher Beschneigungsteiche existieren bereits. Allein in Salzburg werden über den gesamten Winter 10 Millionen Kubikmeter Wasser dafür verbraucht, was dem Jahreswasserverbrauch von **300.000 Menschen** entspricht (Salzburg

hat rund 500.000 Einwohner). Der alpenweite Wasserverbrauch für die Beschneigung entsprach im Jahre 2004 einer Stadt mit **1,5 Millionen Einwohnern** (das ist fast ganz Wien).

Böden und Vegetation leiden unter dem Kunstschnee, der mit dem Naturschnee nicht vergleichbar ist. In Zukunft sollen auch biochemische Zusätze bei der Beschneigung verwendet werden dürfen. Dabei werden **Bakterien** (*Pseudomonas syringae*) zugesetzt, die durch **Bestrahlung** vorher abgetötet werden und einen schnelleren Kristallisationsprozeß bewirken. Von Beschneigungsanlagen geht eine hohe **Lärmbelastung**

aus, die dem Verkehrslärm (im Gebirge!) entspricht und in den z.T. engen Alpentälern weithin hörbar ist. Besonders vom Lärm betroffen sind dabei die **Wildtiere**, die neben dem Verlust ihres Lebensraumes durch die Errichtung von Seilbahnanlagen und Schipisten noch zusätzlichen Stress durch die hohe Lärmentwicklung erleiden.

Die hier angeführten Zahlen und Fakten sind einem 5-seitigen Artikel von Josef Essl, Fachabteilung Raumplanung/Naturschutz des Österr. Alpenvereins in Innsbruck (E-Mail: josef.essl@alpenverein.at), entnommen. Interessenten senden wir diesen Artikel auch gerne mit der Post zu.

NEIN ZUR MASSENTIERHALTUNG: Österreichische Fische statt Pangasius!

Leserbrief 

Wußten Sie, daß der neuerdings auf vielen österreichischen (!) Speisekarten von Restaurants aufscheinende Fisch „Pangasius“ ein Wels aus den Flüssen **Ostasiens** ist, der mit hohem Energieaufwand aus einem anderen Ende der Welt nach Europa (und anderswo hin) transportiert wird? Der Pangasius, ein Haiwels, würde viel Raum zum Schwimmen brauchen, ist aber sehr zählebig. **Amerikanische Firmen** nutzen diese Zählebigkeit nun aus und züchten diese Fische dicht gedrängt in so genannten Aquakulturen, um einen möglichst hohen Ertrag zu erwirtschaften. Mit den so „erzeugten“ Fischfilets überschwemmen sie den Weltmarkt. Diese Fische sind ein trauriges „Produkt“ der Massentierhaltung; sie müssen bei der künstlich herbeigeführten großen Fischdichte in dem mit eigenen Exkrementen verschmutzten Wasser schwimmen, dem „selbstverständlich“ Chemikalien und

Medikamente eingesetzt werden „müssen“.

Was aber **niemand** „muß“, ist solche armen Zuchtfische, die aus Ostasien eingeführt werden, in „unseren“ Restaurants zu bestellen oder im Supermarkt zu kaufen. Denn damit wäre ihr Martyrium beendet! Wir haben genug hochwertige Zuchtfische aus dem eigenen Land, die unter besten ökologischen Bedingungen aufwachsen können, mit ausgezeichnetem Fleisch wie Forellen, Saiblinge, Renken, Karpfen, Zander, Welse usw.!

Noch dazu, wo kürzlich in einer Analyse festgestellt wurde, daß der Pangasius keineswegs mit anderen Fischarten vergleichbar ist. Er hat einen viel höheren Wasseranteil und weist aufgrund der Fütterungsmethoden in Ostasien anstatt der gesunden, ungesättigten Fettsäuren nur gesättigte Fettsäuren (wie Fleisch) auf...

Helmut Belanyecz, 1200 Wien

Nicht nur reden, auch handeln!

Die Wegwarte ist eine der ganz wenigen Zeitschriften in Österreich, die – seit 18 Jahren – aus Umweltschutzpapier (aus Altpapier) hergestellt wird. Wir beschäftigen ausschließlich inländische Druckereien und lassen ganz bewußt nicht im „billigeren“ Tschechien oder anderen grenznahen „Ost-Staaten“ drucken, wie das leider inzwischen viele Groß-, auch „Umwelt“-Organisationen (!) tun. Im Gegensatz dazu werden wir auch weiterhin dazu beitragen, österreichische Arbeitsplätze und damit (vergleichsweise) hohes Sozialniveau und umweltfreundliche Produktionsweisen bei kurzen Transportwegen zu erhalten – auch wenn wir dadurch als Auftraggeber (IHU) seit Jahren höhere Produktionskosten haben.

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit rund 20 Jahren werden unsere Aktivitäten ausschließlich ehrenamtlich und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmeninserate!

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend

zum Thema:

**EUROPA HAT KEINE ZUKUNFT
MIT DEM EURO!**

**Plädoyer für die Wiedereinführung
der nationalen Währungen**

**Eintritt:
freie Spende**

Es spricht:

Univ. Prof. Dr. Wilhelm HANKEL

Professor für Entwicklungs- und Währungspolitik an der Universität Frankfurt, Leiter der Abteilung „Geld und Kredite“ im Bundeswirtschaftsministerium unter Karl Schiller, Ex-Präsident der Hessischen Landesbank, wirtschaftspolitischer Berater zahlreicher Regierungen, u.a. der VR China, Jordanien, dem Jemen, der Russischen Föderation und Syrien. Lehrt seit vierzig Jahren an in- und ausländischen Universitäten, u.a. in Harvard, Washington, Bologna, Berlin und Frankfurt.

WIEN

Donnerstag, 9. Oktober 2008

um 19.30 Uhr

im **KOLPINGHAUS Alsergrund**

1090 Wien, Liechtensteinstr. 100

(Nähe Franz-Josefs-Bahnhof, U-6 und U-4
Station Spittelau sowie U-6 Station Nußdorfer
Straße, D-Wagen und Linie 33).

Imbißmöglichkeit bis 21 Uhr

Graz

Freitag, 10. Oktober 2008

um 19 Uhr

im Gasthof "**GÖSSER-BRÄU**"

Neutorgasse 48

(Nähe Hauptpostamt und Jakominiplatz)

Imbißmöglichkeit

Veranstalter:

ÜBERPARTEILICHE PLATTFORM „JA ZU ÖSTERREICH / NEIN ZUR EU“

Initiative Heimat & Umwelt • Neutrales Freies Österreich
Anti-Gentechnik-Plattform Pro Leben • Initiative für mehr direkte Demokratie

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
18. Jahrgang, Folge 3, September 2008
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum:

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer